

Besprechungen

Reimut Jochimsen und Helmut Knobel (Hrsg.): Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie. Köln 1971. Kiepenheuer & Witsch. 421 S.

Der Reiz, der Ansicht entgegenzutreten, die Nationalökonomie sei eine geschlossene Disziplin mit gesichertem Erkenntnisstand, und ferner die weithin erhobene Forderung nach einem Selbstverständnis des Faches als politische Ökonomie, die ein Überdenken von Erkenntnisobjekt und Methodik der Wirtschaftswissenschaften als unverzichtbar erscheinen läßt, gelten den Herausgebern nach eigener Bekundung (S. 9) als gewichtige Gründe für ihr anspruchsvolles Vorhaben.

Der Vielschichtigkeit und Problemfülle der angesprochenen Thematik tragen sie jedoch insofern Rechnung, als sich, besonders zum Vorteil des hierin ungeübten Lesers, die materiale Konzeption ausdrücklich als informierende Diskussion derjenigen Methoden und Analysetechniken versteht, denen aus wissenschaftstheoretischer Sicht grundlegende Bedeutung für die Fortentwicklung beigemessen wird. Die einzelnen Beiträge sind unter vier Aspekten zusammengestellt, deren thematische Relevanz die Herausgeber einleitend und nach Meinung des Rezensenten hinreichend begründen: Verständnis und Selbstverständnis der großen Kontroversen, Probleme und Kritik typischer Denkrichtungen sowie Analysetechniken und analytische Betrachtungsweisen. Die Entscheidung über die Auswahl der aufzunehmenden Beiträge wiederum fällt zugunsten von Ökonomen, die sich „auch“ (S. 10) auf methodologischem Terrain zu Wort melden, und die editorische Aufgabe kann insofern als nahezu optimal gelöst gelten, als die in Standpunkt und Argumentation oft wirkungsvolle Kontraste bildenden Aussagen insgesamt gesehen bereits eine Bestätigung im Sinn der eingangs erwähnten Motivation darstellen.

Jedoch auch demjenigen, der der Konzeption der Herausgeber eventuell ablehnend gegenübersteht, kann im Zweifel zur Lektüre geraten werden, da in dankenswerter Weise einige sonst kaum verfügbare Beiträge ins Deutsche übertragen und auch relativ unbekannte Quellen — wie zum Beispiel der *Marx*-Aufsatz von *Leontief* — dem Leser zugänglich gemacht werden; darüber hinaus gestattet die im Anhang wiedergegebene umfangreiche Bibliographie ohne Mühe ein weiteres Eindringen in die Materie.

Jürgen Distler, Mainz

Rolf Peter Fehlbaum: Saint-Simon und die Saint-Simonisten. Vom Laissez-Faire zur Wirtschaftsplanung. Tübingen, Basel 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Kyklos. 159 S.

Der Autor hat nicht die Absicht, den vielen vorhandenen Schriften über Saint-Simon und seine Schüler eine neue Schrift gleicher Art hinzuzu-

fügen, er will nicht ihr Leben und ihre Lehren darstellen, sondern die letzteren kritisch im Hinblick auf ihre Auswirkungen bis heute betrachten. Dem Leser wird die Möglichkeit geboten, auf dem Hintergrund der wissenschaftlichen Basis von Saint-Simon, die zunächst kurz erläutert wird, und unter der zu assoziierenden chronologischen Zeitabfolge die logischen Gedankengänge nachzuvollziehen und indirekt konstruktiv an der Entwicklung seiner theoretischen Vorstellungen teilzunehmen.

In einem größeren Abschnitt (S. 7 - 93), bei dem der Entwicklungsgang in seiner Theorie, der Wandel in seinen gesellschaftspolitischen Anschauungen gut nachverfolgt werden kann, beschäftigt sich der Autor mit dem Meister, in einem kleineren (S. 93 - 147) mit den Schülern.

Fehlbaum zeigt auf, daß Saint-Simon sich zwar, wenn auch nicht abrupt, vom Liberalismus löste, aber im Gegensatz zu seinen Schülern dem liberalen Erbe dennoch verhaftet blieb. Saint-Simon konzipierte eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft zur zentralen gesellschaftlichen Kategorie wurde; dabei war er an wirtschaftswissenschaftlichen Fragen wenig interessiert und hat von der Wirtschaftstheorie wenig verstanden (S. 1). Seine Wirtschaftsplanung ist nicht in erster Linie Frucht ökonomischer Analysen, sondern Ableitung aus seinen politischen, soziologischen und philosophischen Lehren. Daher ist es nach Fehlbaum erforderlich, diese Lehren zu kennen, um die gesamte Wirtschaftsorganisation zu verstehen.

Nach Fehlbaum hat Saint-Simon, der seine Theorie nirgends formuliert hat, keine konkrete Wirtschaftsordnung entworfen; seine Gedanken zu Wirtschaft und Gesellschaft drängen zu planerischen Konsequenzen (S. 148). Bisher ist die Entwicklung des Gedankens der Wirtschaftsplanung nach Meinung des Autors, noch nirgends systematisch dargelegt. Die Bedeutung der Infrastrukturinvestitionen für das wirtschaftliche Wachstum hat Saint-Simon ebenso erkannt wie ihre Vernachlässigung durch die Marktwirtschaft (S. 75). Seine Infrastrukturvisionen allein sichern ihm einen Platz in der Geschichte des Planens (S. 149). Dabei war sein Ziel keine Zentralverwaltungswirtschaft. „Sein Bild der zukünftigen Wirtschaftsorganisation ist bestimmt von der Vision sich frei assoziierender Produzenten, nicht einer staatlichen Planbürokratie“ (S. 77). Im Zielkatalog Saint-Simons fehlt im Gegensatz zu dem moderner wirtschaftspolitischer Autoren das Ziel der Freiheit. Den Anfang des konstruierenden Reformdenkens bilden, nach Meinung des Autors, nicht Phantasie und Wunschvorstellungen, sondern Beobachtung der Geschichte (S. 38). Einer wirtschaftspolitischen Analyse wird Saint-Simons Gesellschaft durch den Utopismus entzogen, der vor allem in der Annahme der Konfliktlosigkeit, des vollkommenen Consensus, liegt (S. 92).

Während nach Fehlbaum Saint-Simon die französische Revolution epochal vollenden will, wollen die Saint-Simonisten sie überwinden und einer voll integrierten Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen. Im Gegensatz zu ihrem Meister fordern sie eine Totalreform. Ihre wichtigste Waffe ist die Geschichtsphilosophie. Es bedurfte, um an den Fundamenten der bestehenden Ordnung zu rütteln und eine grundsätzlich neue Gesellschaft zu entwerfen, einer geschichtsphilosophisch begründeten Heilsgewißheit (S. 102). Die liberalen Lehren haben eine bedeutsame historische Mission erfüllt. Mit den Problemen

der wirtschaftlichen Organisation beschäftigen sie sich viel eingehender als ihr Lehrer und entwerfen ein umfassendes Wirtschaftssystem, in dem der Staat immer mehr Einflußmöglichkeiten hat. Der Staat stirbt nicht ab; sie konstruieren vielmehr den totalen Staat. Zum ersten Mal haben sie „das Bild einer ausgebildeten Zentralverwaltungswirtschaft gezeichnet und damit die letzte Konsequenz aus den saint-simonistischen Grundsätzen gezogen“ (S. 130). Hier wird der fundamentale Gegensatz zum Liberalismus deutlich, ein sozialistisches Wirtschaftssystem wird konzipiert. Die Klassengegensätze der bestehenden Gesellschaft werden klarer erkannt. Man kann dem Autor zustimmen, wenn er S. 132 schreibt: „Die von den Saint-Simonisten vorgeschlagene Wirtschaftsordnung entspricht im wesentlichen der ‚total zentral-geleiteten‘ Variante der ‚Zentralverwaltungswirtschaft‘ (Eucken), gemildert durch freie Konsumwahl in gewissen Randbereichen.“

Von besonderem Interesse ist hier die kritische Stellungnahme des Autors. Seiner Meinung nach haben Meister und Schüler in einer Geschichte der Wirtschaftsanalyse (in ihrem heutigen Sinne!) keinen Platz; aber sie sind in einer Geschichte der politökonomischen Systeme und des wirtschaftlichen Denkens wichtige Gestalten. Eine Neuformulierung der politischen Ökonomie ist ihnen nicht gelungen, wohl aber haben sie der Ökonomie neue Horizonte eröffnet. Sie haben die Kritik des Sozialismus an der kapitalistischen Gesellschaft formuliert und eine echte Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem entwickelt. Mit ihnen beginnt die Diskussion über die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft, die bis heute noch andauert. Bei Saint-Simon und den Saint-Simonisten findet sich freilich nichts über die Art der Planung, nichts über die Gestaltung der Produktion und der Verteilung. Auf S. 145 meint Fehlbaum, daß der Saint-Simonismus gewisse Züge des Totalitarismus aufweist, daß jedoch seine Einordnung in die Geistesgeschichte des Totalitarismus problematisch ist. Ihr Ansatz ist originell und zukunftsweisend. „Ihrer Gesellschaftsdiagnose kann man Berechtigung nicht absprechen. Ihre Therapie erscheint aber problematisch“ (S. 152). Ein großer Irrtum des saint-simonistischen Reformvorschlages liegt für den Autor in der Übertragung von Prinzipien einer kleinen homogenen Gruppe auf die arbeitsteilige Industriegesellschaft.

Die Lektüre des Buches kann wärmstens empfohlen werden. Es ist m. E. zu richtiger Zeit erschienen. Man sollte über Probleme, die darin behandelt werden und die heute zum Teil von aktueller Bedeutung sind, gründlich nachdenken. Fehlbaum hätte freilich den Utopismus in den Lehren des Meisters und der Schüler schärfer herausarbeiten sollen. Bemerkt sei nur noch, daß z. Z. recht lange Zitate in französischer Sprache das Lesen erschweren.

Bruno Schultz, Berlin

Wolfgang Berger: Lernprozesse in der Wirtschaftstheorie. Zu einer neuen, lerntheoretischen Grundlegung der Wirtschaftstheorie. Berlin 1970. Berlin Verlag. 138 S.

Wer beabsichtigt, dieses Buch zu lesen, wird vor allem danach fragen, wie Berger vorgeht, um an Hand der psychologischen Lerntheorien eine „neue lerntheoretische Grundlegung der Wirtschaftstheorie“ zu schaffen.

Berger definiert „Lernen“ als Verhaltensänderung, die sich auf den nicht determinierten Teil möglicher Verhaltensmuster bezieht. Da Verhaltensänderungen nur mittels der Prozeßanalyse beschrieben werden können, ist Gegenstand der Betrachtungen der Lernprozeß. Der Lernprozeß wird am Veränderungsgrad der Antwort (Lernfortschritt oder Lernerfolg) auf ein identisches Signal gemessen.

Im Rahmen eines Überblicks und einer Gegenüberstellung verschiedener (klassischer) Lerntheorien entwickelt Berger aus der Zwei-Faktoren-Theorie von *Mowrer* (Lösungs- und Zeichenlernen) seinen methodischen Ansatz und die damit einhergehende Unterteilung des Buches in zwei Hauptkapitel: freiwillige und unfreiwillige Lernprozesse.

An die Charakterisierung dieser zwei verschiedenartigen Lernprozesse schließen sich jeweils Darstellungen einiger ökonomischer Modelle an, mit welchen die jeweiligen Lernprozesse veranschaulicht werden. Der freiwillige ökonomische Lernprozeß (Änderung des ökonomischen Verhaltens) ist intendiert und gründet sich auf dem eigenen Willen. Durch Einführung der Zeitdimension in das nutzen-theoretische Konzept werden die Grenznutzenkurven in Lernkurven überführt und so die Arbeitsangebotskurve ermittelt. Ferner geht Berger im folgenden auf Lernvorgänge im betrieblichen Fertigungsbereich, auf volkswirtschaftliche Wachstumsprozesse und die Theorie des Konsumentenverhaltens ein.

Der unfreiwillige ökonomische Lernprozeß ist eine Antwort auf ein Signal, welches eine bestimmte Reaktion erzwingt, und gründet sich daher nicht auf den eigenen Willen. Berger unterscheidet solche mit bedingten Reaktionen, die er am Modell der Tarifverhandlungen sowie des Arbeitskampfes erläutert, und solche mit determinierten Reaktionen, die am Beispiel des Konkurrenzkampfes und der Ausbeutung dargestellt werden. Die Übergänge zwischen den einzelnen Kategorien dieser Lernprozesse sind fließend.

Unter der Überschrift „die Planungsökonomie“ geht Berger sehr allgemein auf Lernprozesse im Fertigungsbereich ein; der Leser kann aus diesem Abschnitt wichtige Anregungen und Literaturhinweise für ein eigenes vertieftes Studium dieses Bereichs entnehmen. So gibt die Unterscheidung in individuelle und kollektive Lernprozesse einen wertvollen Ausgangspunkt für eigene Forschung, wenn nicht gar für einen neuen methodischen Ansatz. Die Interpretation des technischen Fortschritts als Lernprozeß im Wachstumsmodell (S. 46) vermag nur wenig zu leisten, wertvoller wäre gewesen, die Beziehung zwischen technischem Fortschritt und Lernprozeß zu erhellen.

Ein geringer Freiheitsgrad des Individuums ist bei „programmierten Lernoperationen“ gegeben. Umwertungen und Anpassungen erfolgen unter dem Druck der sozialen Umgebung, der Lernprozeß ist so das Ergebnis der sozialen Programmierung des Lernens von Rollen. Der Versuch, derartige Lernprozesse am Beispiel der Konsumfunktion (S. 55 ff.) darzustellen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit zur schichtenspezifischen Disaggregation, bleibt zu allgemein; der lerntheoretische Bezug zur Konsumtheorie mutet daher etwas trivial an.

Die ausgewählten Modelle faßt Berger oft so knapp zusammen, daß der Neuling kaum folgen kann, während er der Beurteilung der Modelle durch bekannte Autoren weiten Raum läßt. Dem Leser wird es zudem oft schwerfallen, den Gedanken des Autors zu folgen, da dieser seine Prämissen nie explizit nennt.

Daß die Erwartungen an dieses Buch nur begrenzt erfüllt werden, ist nicht nur dem Autor anzulasten, sondern liegt vor allem an folgendem:

1. Lerntheoretische Aspekte haben bis heute nur unzulänglich oder implizit Eingang in die Wirtschaftstheorie gefunden.

2. Die Verbindung von psychologischen und ökonomischen Erkenntnissen stößt auf Schwierigkeiten, da die ökonomische und psychologische Theoriebildung auf unterschiedlichen Methoden und Begriffsbildung aufbaut.

3. Die Erkenntnisobjekte von Lern- und Wirtschaftstheorie unterscheiden sich.

4. Die Probleme des Lernens lassen sich kaum säuberlich von den anderen Problemen der Psychologie trennen und auf jene Daten beschränken, die man in Form von Lern- und Behaltenskurven graphisch darstellen kann. So ist es nicht nur schwierig, die lerntheoretisch relevanten Aspekte eines psychologischen Systems zu bestimmen, sondern diese auch in bezug zu einem ökonomischen System zu setzen.

5. Die Bedeutung bestimmter sozialer Prozesse für das Lernen (kollektives Lernen) erfordert auch eine vertiefte Einbeziehung soziologischer Erkenntnisse.

Die vorliegende Arbeit wird ihrem Anliegen, eine „neue lerntheoretische Grundlegung der Wirtschaftstheorie“ zu sein, nicht ganz gerecht. Dennoch ist sie ein wertvoller Beitrag zu diesem Thema. Der Leser wird neben zahlreichen Literaturhinweisen auch viele Anregungen im Rahmen des gesetzten Themas erhalten.

Sonning Augstin, Berlin

Bernd Senf und Dieter Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen: Eine kritische Einführung. 3 Bde. Bonn - Bad Godesberg 1971. Dürrsche Buchhandlung. 932 S.

Dieses Werk läßt sich kaum mit einem der üblichen volkswirtschaftlichen Lehrbücher vergleichen, weil die beiden Verfasser weder den üblichen Abriß volkswirtschaftlicher Lehrmeinungen geben noch eine Trennung zwischen Wirtschaftstheorie und -politik durchführen. Sie veröffentlichten mit den drei Bänden eine ebenso umfangreiche wie didaktisch geglückte Arbeitsanleitung für jeden, der sich von einer bloßen Faktenanhäufung emanzipieren und stattdessen die Strukturen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ereignisse erkennen will.

Senf und Timmermann haben ihr Werk in zehn voneinander unabhängige Teile gegliedert, für die jeweils ein Autor verantwortlich zeichnet: „Probleme und Methoden der Nationalökonomie“ als erste Einführung in wirt-

schaftliche Theorie und Politik; „Einführung in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge“, die Darstellung makroökonomischer Beziehungen und der Reaktionen auf Ungleichgewichte; „Kreislaufdarstellung und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ und „Einkommens- und Beschäftigungstheorie“ als umfangreichstes der zehn Kapitel. Hier zeigt sich deutlich der Vorzug des problemorientierten Ansatzes der Verfasser, die zahlreiche wirtschaftstheoretische Disziplinen (z. B. Finanzwissenschaft, Außenhandelstheorie, Geldtheorie) nicht isoliert, sondern in bezug auf ihre Beiträge zur Lösung des Vollbeschäftigungsproblems behandeln. Insofern berücksichtigen die Verfasser erprobte hochschuldidaktische Erkenntnisse, wonach es zur Primärmotivierung von Studenten notwendig ist, die sozialwirtschaftlichen Probleme (wie entsteht und wirkt Arbeitslosigkeit, was kann man dagegen tun?) in den Vordergrund zu stellen und die einzelnen Disziplinen nach ihrem konkreten Beitrag zur Lösung dieser gesamtgesellschaftlichen Sorgen zu befragen. Zu bedauern ist hier, daß die Verfasser das neuerdings in mehreren Ländern auftretende Phänomen der Stagflation nicht behandeln und damit versäumen, die Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Einsatz wirtschaftlicher Macht bei Unternehmen und Gewerkschaften aufzudecken. Auch die Phillips-Kurve als ein für die wirtschaftspolitische Diskussion wichtiges Instrument zur Darstellung der strukturellen Zusammenhänge zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, wird nicht berücksichtigt.

Das Werk wird mit einem Kapitel über „Das wirtschaftliche Wachstum“ fortgesetzt. Zu Beginn des zweiten Bandes befindet sich einer der bemerkenswertesten Beiträge, „Die Bedeutung ökonomischer Hebel in kapitalistischen und sozialistischen Systemen“. Hier ist insbesondere die undogmatische Behandlung der wirtschaftlichen Anreize in beiden Systembereichen zu begrüßen, die die Verfasser davor bewahrte, ökonomische Modelle zu erstellen und den Menschen dann diesen Modellen anzupassen, damit die letzteren funktionieren können. Hier wird klar ausgesprochen, daß Primärmotivationen beim Wirtschaften („richtiges Bewußtsein der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft“) allenfalls Ergebnis eines gesellschaftlichen Bewußtwerdungsprozesses sein können, nicht aber bei der Gestaltung konkreter Wirtschaftsordnungen einfach vorausgesetzt werden dürfen. Kapitel über die „Geldversorgung einer Volkswirtschaft“, „Geld- und Kreditpolitik“, „Außenwirtschaftliche Beziehungen und Weltwährungssystem“ folgen. In letzterem Beitrag wird bedauerlicherweise nicht auf das Währungssystem der Länder Osteuropas eingegangen. Damit entfiel auch die Prüfung, ob dieses System als eine akzeptable Alternative zu der durch wiederkehrende Krisen in ihrer Wirkung beeinträchtigten westlichen Währungsordnung angesehen werden kann. Es hätte auch untersucht werden sollen, inwiefern Auf- und Abwertungen Struktureffekte bewirken (z. B. Erhöhung des Anteils der Haushalte der Unselbständigen am Volkseinkommen nach Aufwertungen), die die gesamte Wirtschaftsgesellschaft beeinflussen. Ein Kapitel über „Input-Output-Analyse und disaggregierte Makroökonomie“ beschließt den zweiten Band.

Der dritte Band besteht aus einer Sammlung von Fragen, die die Autoren in Wiederholungs-, Verständnis-, Diskussions- und Literaturfragen unterteilt haben, sowie aus einem ausführlichen Literaturverzeichnis.

Sollten Senf und Timmermann in der nächsten Auflage den dritten Band noch um ein ausführliches Stichwortverzeichnis erweitern, so kann die Empfehlung, insbesondere in Studiengruppen modernen Hochschulunterricht mit diesem Werk durchzuführen, ohne Einschränkung gegeben werden.

Michael Tolksdorf, Berlin

Hartwig Bartling: Wirtschaftliche Macht unter wettbewerbspolitischem Aspekt. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 190 S.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, das Phänomen der wirtschaftlichen Macht unter wettbewerbspolitischem Aspekt in den Griff zu bekommen und dazu Vorschläge für die konkrete Gestaltung einer wirksamen Wettbewerbspolitik zu entwickeln.

Im Hinblick auf dieses Untersuchungsziel will Bartling eingangs einen operablen Begriff der wirtschaftlichen Macht erarbeiten (Teil I), um sodann auf die Ursachen (Teil II) und gesamtwirtschaftlichen Wirkungen (Teil III) einzugehen; abschließend wird in Teil IV ein Gegenkonzept zur heutigen wettbewerbspolitischen Praxis in der BRD entwickelt.

Unter wirtschaftlicher Macht versteht der Autor — nach eingehender Analyse der in der wissenschaftlichen Literatur verwendeten Begriffe — „die Fähigkeit einer Wirtschaftseinheit bzw. einer rechtlich gebundenen oder auch ungebundenen Gruppe von Wirtschaftseinheiten . . ., auf dem Markt durch Vorzugspositionen eigene Zwecke — auch gegen von Marktkontrahenten und/oder von Mitbewerbern verfolgte Interessen — durchzusetzen, wobei sich die Stärke der Marktmacht in der Vielfalt und in der Weite des Spielraums beim Einsatz der Aktionsparameter äußert“ (S. 36).

Die in der Realität sehr komplexen Ursachen wirtschaftlicher Macht sieht der Verfasser unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten in der finanz- und güterwirtschaftlichen Lage sowie der Rücksichtnahme auf Konkurrenten und die Marktgegenseite (S. 94), womit die Hauptursachen wirtschaftlicher Macht systematisch erfaßt sein dürften (Teil II).

Bei der Analyse der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht (Teil III) geht der Autor auf die metaökonomischen Aspekte von Marktmacht (Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Frieden), die wohlstandsökonomischen Gesichtspunkte hinsichtlich Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, Zahlungsbilanzausgleich und wirtschaftlichen Wachstums sowie auf die Beeinflussung der politischen und wettbewerblichen Steuerungsmechanismen ein. Der letzte Abschnitt über die Beeinträchtigung des Wettbewerbs als kompetitiven Steuerungsprozesses leitet über zu seinem in Teil IV entwickelten Ausblick auf notwendige Reformen des deutschen Kartellgesetzes.

Ausgangspunkt der wettbewerbspolitischen Überlegungen des Verfassers ist, „daß selbst auf noch kompetitiven Märkten möglichst all die Verhaltensweisen präventiv unterbunden werden, die den Selbststeuerungsmechanismus der Marktwirtschaft, d. h. den Wettbewerb von morgen anders als durch bessere Leistung gefährden“ (S. 146). In Anlehnung an die von *Gabriel* entwickelten Vorschläge hält der Autor für einen solchen bad-conduct-Test ein juristi-

sches Verfahren für geeignet, da „ein Test auf den Selbststeuerungsmechanismus des Wettbewerbs gefährdende Verhaltensweisen den Erfordernissen und Fähigkeiten der Rechtsprechung am besten angepaßt“ sei (S. 148). Zu Recht verweist Bartling darauf, daß umfangreiche und komplizierte Prüfungen aller ökonomisch relevanten Größen die immer noch einseitig mit Juristen besetzten Kartellsenate der Gerichte überfordern. Zu den gleichen Schlußfolgerungen gelangt er hinsichtlich des bad-structure-Test, wonach Fusionen ebenfalls einem juristischen Verfahren unterworfen werden sollen, ohne daß von den Gerichten eine Abwägung zwischen negativen Wettbewerbswirkungen und etwaigen positiven sonstigen Wirkungen des Zusammenschlusses vorgenommen werden sollte (S. 148 f.).

Der Verfasser sieht zu Recht die Grenzen eines solchen präventiven Vorgehens dort, wo noch ein kompetitiver Markt vorliegt, dessen Umwandlung in eine nichtkompetitive Struktur es zu verhindern gilt. Wenn jedoch ein Markt bereits vorwiegend vermachtet ist, bleibt eine solche defensive oder reaktive Wettbewerbspolitik erfolglos (z. B. der Versuch, eine Preisführerschaft im Oligopol zu untersagen). Dann soll nach Gabriel/Bartling eine „ökonomisch-politische Verfahrenslösung“ Platz greifen, die entweder durch wirtschaftspolitische Maßnahmen i. w. S. eine kompetitive Marktstruktur wieder herstellt oder einen wettbewerbspolitischen Ausnahmereich schafft, in welchem der marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismus durch andere Steuerungsmechanismen im Hinblick auf die performance-Kontrolle ersetzt wird (S. 151). Ähnlich wie bei den regulated industries und den public utilities in den USA fordert der Verfasser unseres Erachtens logisch konsequent eine umfassende Staatskontrolle derartiger Ausnahmereiche, die nicht mehr in wettbewerbliche Märkte überführt werden können.

Der Verfasser wendet sich dabei allerdings gegen den, sowohl in den USA als auch in Deutschland entwickelten und angewandten, fiktiven Maßstab eines als-ob-wirksamen Wettbewerbs, da er in vielen Beziehungen zu unbestimmt und daher nicht vollziehbar sei — eine Kritik, die zum Teil sicherlich berechtigt ist, jedoch kann auch der Verfasser keine besseren Überwachungskriterien vorschlagen (S. 154 ff.). Zu den Einwendungen gegen den Als-ob-Maßstab verweise ich auf meinen Beitrag in: Der Betrieb, 1968, S. 1795 ff., der sich u. a. mit der Kritik von Gabriel, in: Wirtschaft und Wettbewerb, 1968, S. 581 ff., auseinandersetzt.

Ingo Schmidt, Berlin

Günter Zenk: Konzentrationspolitik in Schweden. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 216 S.

Dieser Band ist der erste in einer Reihe von Untersuchungen, die Mitarbeiter des Instituts für Konzentrationsforschung an der Freien Universität Berlin vorgenommen haben. Zweck dieser Reihe (Schriften zur Konzentrationsforschung. Hrsg.: Helmut Arndt) soll es sein, durch Darstellung und kritische Wertung der Konzentrations- bzw. Wettbewerbspolitik verschiedener entwickelter westlicher Volkswirtschaften die wissenschaftliche Grundlage für eine rationale Konzentrationspolitik zu legen. Aufgabe einer derar-

tigen Politik ist es nach Zenk, „diejenigen Konzentrationsarten zu fördern, die zu einer besseren Bedarfsdeckung der Gesellschaft beitragen. Umgekehrt sind solche Konzentrationsformen zu verhindern, die den technischen und ökonomischen Fortschritt hemmen und die Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems beeinträchtigen“ (S. 3).

In der Einleitung beschreibt Zenk in gedrängter Form die Grundprobleme der Konzentrationspolitik (Definitionen, positive und negative Folgen, soziale Auswirkungen von Macht, ordnungspolitische Konsequenzen, prozessuale Aspekte der Konzentration). Diese Einleitung läßt sich als eine Art von enzyklopädischem Stichwort verstehen, dessen Lektüre jedem empfohlen werden kann, der sich allgemein über die Probleme der Konzentrationspolitik informieren will.

Mißverständnisse könnten auftreten, wenn Zenk auf S. 1 einen Gegensatz zwischen dem „Wettbewerb als Lenkungsmechanismus“ und der „Sozialisierung“ behauptet. Es ist sehr wohl vorstellbar, daß auch sozialistische Wirtschaften wettbewerblich strukturiert sein können (Vgl. Michael *Tolksdorf*: Theorie und Praxis der sozialistischen Marktwirtschaft. Schm. Jb., 91. Jg. [1971], S. 313 ff.).

Den größten Umfang nimmt die Behandlung der *direkten* schwedischen Konzentrationspolitik ein. Diese wurde von Zenk definiert als das Maßnahmenbündel, das „primär und bewußt auf die Gestaltung der Konzentration“ abzielt (S. 3). Nach einer Darstellung der Entwicklung der Wettbewerbspolitik (S. 13 bis 38) widmete sich Zenk den einzelnen Aspekten ihrer Ausgestaltung (S. 39 bis 119). Bei der Darstellung der Institutionen (S. 47 ff) muß bedauert werden, daß die neueste Entwicklung noch nicht berücksichtigt wurde: Ende der sechziger Jahre begannen die Diskussionen um das neue schwedische „Gesetz gegen unerwünschte Marktpraktiken“, welches das „Gesetz gegen den unfairen Wettbewerb“ von 1931 ersetzen sollte. Dieses neue Gesetz, das am 1. 1. 1971 in Kraft getreten ist, hat eine ganze Reihe von Berührungspunkten mit dem schwedischen Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. So wurde z. B. der jetzt nicht mehr existierende Wirtschaftsfreiheitsrat in das neueingerichtete Marktgericht (Marknadsradet) überführt, wobei letzteres Rechtsinstanz sowohl für das Gesetz gegen unfairen Wettbewerb wie auch für das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist. Zusätzlich wurde ein Beauftragter für Verbraucher (Konsumentombudsman) bestellt (vgl. WuW, 21. Jg. [1971], S. 501 - 503).

Die Fülle an empirischem Material, das Zenk für seine Beweisführungen herangezogen und aus dem er seine Schlußfolgerungen abgeleitet hat, ist beachtlich. Infolge der starken empirischen Absicherungen kann man daher z. B. die „Kritik der schwedischen Wettbewerbspolitik“ (S. 110 - 113) auch für die Beurteilung der Antitrustgesetze anderer Länder heranziehen, um Aussagen über deren Effizienz zu machen: Das gilt z. B. für die tatsächliche Wirksamkeit von Wettbewerbsschutzgesetzen, die auf einer „vertauensvollen und freiwilligen Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft“ beruhen, die private Interessenvertreter an den staatlichen Kartellinstanzen beteiligen, die den Kartellinstanzen die Beweislast aufbürden, die sich zum Mißbrauchsprinzip bekennen und auf das Aufstellen von Rechtsvermutungen (Preis-Mengen-Kartelle seien per se schädlich) verzichten, die keine einstweiligen Verfügungen

vorsehen und wegen des Fehlens wirksamer Strafen (selbst Schadensersatzansprüche von Kartellgeschädigten sind unbekannt) zur Verletzung der Wettbewerbsgesetze geradezu einladen. „Die schwedische Wettbewerbspolitik beinhaltet demgemäß ein Kurieren an Symptomen, nicht aber an Ursachen. Man überläßt es der Entscheidung marktstarker Unternehmen, ob sie ihre Stellung mißbrauchen, und versucht nachher durch Verhandlungen, eingetretene Mißbräuche zu beseitigen und abzuschwächen“ (S. 112).

Im weiteren untersuchte Zenk die Rolle von Konsumgenossenschaften als Wettbewerbsfaktor, die Konzentration bei Banken und Versicherungen sowie die Bedeutung von staatlichen Unternehmungen für die Konzentrationspolitik (S. 113 - 144). Auch hier wurde die empirische Absicherung aller Ergebnisse konsequent durchgehalten. Dasselbe gilt für den zweiten Teil des Buches, die *indirekte* Konzentrationspolitik (S. 145 - 186). Hier durchleuchtete der Verfasser den Einfluß gesellschafts- und steuerrechtlicher Bestimmungen sowie der Unterstützung von Kleinunternehmen durch staatliche Kredithilfen. Als Anhang (S. 194 - 209) untersuchte Zenk noch die Pressekonzentration in Schweden.

Dieses Buch hat einen hohen Maßstab gesetzt, an dem die weiteren „Schriften zur Konzentrationsforschung“ zu messen sein werden. Die Besprechung wäre jedoch ohne die Erwähnung des Herausgebers Helmut Arndt unvollständig, denn ohne dessen energischen Einsatz und wissenschaftliches Engagement wäre die Gründung des Forschungsinstituts und die Einrichtung der Schriftenreihe schwerlich erfolgt.

Michael Tolksdorf, Berlin

Lloyd Ulman and Robert J. Flanagan: Wage Restraint: A Study of Income Policies in Western Europe. Berkeley, Los Angeles, London 1971. University of California Press. 257 S.

In mehreren europäischen Ländern ist in jüngster Zeit, bedingt durch besorgniserregende inflationäre Entwicklungen, das Interesse an der Einkommenspolitik wieder erwacht. Das Thema des Buches ist daher äußerst aktuell. Um die Quintessenz vorwegzunehmen: Das Buch mag all denen zur Warnung dienen, die in der Einkommenspolitik mehr als ein bestenfalls vorübergehend wirksames Instrument zur Beschränkung eines akuten Preis- und Lohnanstiegs sehen. Das Urteil der Autoren stützt sich auf eine Analyse der einkommenspolitischen Versuche Großbritanniens, der Niederlande, Schwedens, Dänemarks, Frankreichs, der BRD und Italiens. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis etwa 1969/70. Neben den Zielen der jeweiligen politischen Konzeptionen werden die von der Einkommenspolitik erfaßten Preise und Einkommen, die Lohn- und Preisnormen sowie die Durchsetzungsmodalitäten analysiert. Die wichtigsten Ergebnisse: Die Einkommenspolitik hat allenfalls kurzfristig eine Minderung des Lohn- und Preisanstiegs, insbesondere angesichts drohender Zahlungsbilanzkrisen, bewirkt. Als Instrument primär zur Inflationsbekämpfung erwies sie sich als problematisch, führte sie doch z. T. zu nachträglichen Lohn- und Preisexplosionen. Ein generelles Kernproblem war die nichtkontrollierbare Lohndrift, deren Ursachen nirgends zweifelsfrei auf cost-push bzw. demand-pull zu-

rückführbar sind. Eine wesentliche Rolle spielen in diesem Zusammenhang sicherlich Art und Ausmaß der Arbeitnehmer- und Unternehmerorganisationen, und diese weisen historisch bedingt von Land zu Land erhebliche Unterschiede auf. Gleichwohl lassen sich drei typische Erfahrungen feststellen. Erstens ist die unzureichende Durchsetzungsmöglichkeit von auf höherer Ebene abgeschlossenen Lohnvereinbarungen auf der betrieblichen Ebene (selbst in Ländern mit straffer und zentralisierter Organisation der Arbeitsmarktparteien) zu nennen. Zweitens bestehen zwischen den Mitgliedern von Arbeiterorganisationen sowie zwischen diesen und anderen Gruppen, etwa den Angestellten und Beamten, starke Anstrengungen, die Einkommensrelationen zugunsten der jeweiligen Gruppe zu verbessern bzw. zumindest den Status quo zu wahren. Drittens sind die Gewerkschaften offensichtlich nicht bereit, ihre Rolle als Verbesserer des Anteils der Arbeitnehmereinkommen am Sozialprodukt aufzugeben. Ein interessanter Punkt: Aus der Tatsache, daß die Lohndrift im öffentlichen Dienst kaum eine Rolle spielt, wohl aber im privaten Sektor, und aus den Paritätsvorstellungen der staatlichen Bediensteten leiten die Verfasser unter Hinweis auf Erfahrungen in Schweden, Dänemark und England ab, daß das „gute Beispiel“ einer restriktiven staatlichen Lohn- und Gehaltspolitik wahrscheinlich eine beachtliche nachträgliche Einkommensanpassung erforderlich macht, die wiederum das gesamte Niveau der geforderten nominellen Einkommenszuwächse im privaten Bereich beträchtlich nach oben verschieben kann.

Neben den zahlreichen interessanten Ergebnissen weist das Buch allerdings auch schwache Stellen auf. Gemessen an der Fülle empirischer Sachverhalte, die durch die Fragestellung abgedeckt werden, ist der Umfang des Buches bescheiden. Daher überrascht es nicht, daß bei der Darstellung der einzelnen Länder die ökonomischen und politischen Hintergründe der untersuchten Entwicklungen nicht immer genügend detailliert ausgeleuchtet und adäquat gewertet werden. Dies zeigt sich z. B. deutlich an den Fällen der BRD und Italiens. Dieser Mangel wird auch nicht durch zahlreiche Hinweise auf detailliertere, z. T. ökonometrische, Untersuchungen voll ausgeglichen. Das Buch enthält keinen Index und kein Literaturverzeichnis.

Gleichwohl handelt es sich insgesamt um eine sehr interessante Lektüre von großer Aktualität.

Franz Holzheu, Berlin

G. Clayton, J. C. Gilbert and R. Sedgwick (Hrsg.): *Monetary Theory and Monetary Policy in the 1970s*. Oxford 1971. Oxford University Press. 272 S.

Der Sammelband enthält die Beiträge inklusive der schriftlichen Diskussionsvoten und der Zusammenfassungen der Diskussionen des Sheffield Seminar über Geldtheorie und -politik vom September 1970. Im Rahmen dieser kurzen Rezension ist es nicht möglich, jeden der sechs interessanten Beiträge im Detail zu behandeln. R. W. Clower plädiert in seinem Beitrag „Theoretical Foundations of Monetary Policy“ für eine Mikrofundierung der Geldtheorie: Die Zahlungsmiteigenschaft des Geldes hängt mit organisierten und standardisierten Austauschvorgängen zusammen. Die Geldtheorie muß daher

einerseits diese standardisierten Austauschvorgänge genauer als bisher analysieren, und sie muß andererseits eine dynamische Analyse der mit diesen Austauschvorgängen verbundenen Ungleichgewichtsprozesse entwickeln. Nur so ist es nach der Ansicht von Clower möglich, eine tragfähige theoretische Basis für die Geldpolitik zu entwickeln. Der Friedman-Schule wirft Clower vor, daß sie die „dynamics of monetary adjustment“ nicht explizit erklärt. M. Friedman entwickelt in seinem Beitrag auf der Basis seines „Theoretical Framework for Monetary Analysis“ (Journal of Political Economy, Vol. 78 [1970]), eine „Monetary Theory of Nominal Income“. Anstelle des Realeinkommens bzw. des Preisniveaus ist der Nominalzins exogen bestimmt, und zwar über die Erwartungen bezüglich des Realzins und der Wachstumsraten des Real- bzw. Nominealeinkommens. Friedman präsentiert u. a. einen dynamischen Ansatz für die Nominealeinkommensentwicklung. Dessen Besonderheit: Gleichgewicht bei variablem Preisniveau. Mit zahlreichen impliziten bzw. ad hoc getroffenen Annahmen und globalen Formulierungen läßt Friedman den Leser zuweilen darüber im Unklaren, welchen Anspruch auf empirische Gültigkeit er jeweils für seine Aussagen erhebt. Sehr lesenswert ist der Beitrag von D. E. W. Laidler: „The Influence of Money on Economic Activity: A Survey of Some Current Problems.“ An einem einfachen Hicks-Hansen-Modell erläutert Laidler methodische Probleme der empirischen Bestimmung der Wirkung von „autonomous expenditures“ bzw. der Geldmenge auf das Volkseinkommen. Ergebnis: Die üblicherweise verwendeten „reduzierten Formen“ ermöglichen keine Entscheidung über den „besseren“ Ansatz. Es folgt eine kurze Übersicht über die Ergebnisse empirischer Analysen der Bestimmungsgründe der Geldnachfrage. Zum Abschluß begründet Laidler die Notwendigkeit der theoretischen Fundierung von Lag-Strukturen in empirischen Analysen. A. D. Bain und J. E. Wadsworth befassen sich vornehmlich mit speziellen Problemen der Geld- und Kreditpolitik Großbritanniens. Der Beitrag von Wadsworth enthält eine Reihe interessanter Tatbestände aus der englischen Bankgeschichte. J. H. Williamson (On the Normative Theory of Balance-of-Payments Adjustment) befaßt sich mit der optimalen Höhe des Leistungsbilanzsaldos bzw. des Auslandsvermögens in einem Modell vom Ramsey-Typ. Diese kapitaltheoretische Betrachtungsweise bildet, trotz mancher Mängel, einen interessanten Anknüpfungspunkt für künftige Untersuchungen.

Insgesamt ist der Sammelband eine interessante Lektüre sowohl für den Theoretiker als auch für den an der Geldpolitik Interessierten.

Franz Holzheu, Berlin

Manfred Neldner: Die Kursbildung auf dem Devisenterminmarkt und die Devisenterminpolitik der Zentralbanken. Berlin 1970. Walter de Gruyter & Co. 181 S.

Die hier anzuzeigende Untersuchung über Theorie und Praxis devisenterminpolitischer Maßnahmen der Zentralbanken ist die erste Schrift einer neu eröffneten Reihe, den von Rudolf Schölcher (Bochum) herausgegebenen „Beiträgen zur Geldlehre“. Wie dem Vorwort des Herausgebers zu entnehmen ist, verfolgen die Monographien dieser Reihe ein doppeltes Anliegen: Sie

sollen der Erforschung noch offener Einzelfragen der Geldlehre dienen und eine Brücke schlagen zwischen der Geldlehre und benachbarten Disziplinen.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Steuerung kurzfristiger internationaler Kapitalbewegungen durch die Zentralbanken, ein Problem, das im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Konvertibilität der wichtigsten Währungen und den steigenden Zahlungsbilanzdefiziten der beiden Leitwährungsländer in den letzten Jahren dauernd an Aktualität gewonnen hat.

Im ersten Teil der Arbeit wird das Gleichgewicht zwischen dem Kassa- und dem Terminkurs einer Währung aus den Verhaltensweisen der Anleger an internationalen Geldmärkten, der Spekulanten, der Importeure und der Exporteure hergeleitet. Diese Verhaltensweisen finden ihren Niederschlag in „Transaktionskurven“, die Angebot bzw. Nachfrage der entsprechenden Marktteilnehmer in Abhängigkeit vom Devisenkurs darstellen. Die Bestimmung des „Gleichgewichtsswapsatzes“, d. h. derjenigen Differenz zwischen Kassa- und Terminkurs, bei der die beiden Teilmärkte im Gleichgewicht sind, erfolgt nach dem gleichen Prinzip wie bei Oswald *Braun* (Zur Theorie des Devisenterminmarktes. JfNuSt, Bd. 177), wobei der Rezensent bezweifelt, daß die Transaktionen der Importeure und Exporteure am Devisenkassamarkt unter den aktuellen Bedingungen fester Wechselkurse in dem Bereich zwischen den Interventionspunkten der Notenbank tatsächlich eine meßbare Kurselastizität besitzen.

Im zweiten Teil, der den eigentlichen Kern der Arbeit bildet, wird untersucht, inwieweit der Handlungsspielraum der Notenbanken bei festen Wechselkursen und von Land zu Land unterschiedlichen Inflationsraten durch die Einbeziehung von Devisentermingeschäften in das geldpolitische Instrumentarium erweitert werden kann. Dabei werden Interventionen in spekulativen Perioden und solche an „normalen“ Märkten gesondert betrachtet. Hierbei werden eine ganze Reihe wichtiger Einzelprobleme angeschnitten; der Frage nach den gegenseitigen Ergänzungsmöglichkeiten der Devisenterminpolitik und den anderen geldpolitischen Instrumenten allerdings wird nach Ansicht des Rezensenten zu wenig Beachtung geschenkt. Die besonderen Aspekte eines gleichzeitigen Abschlusses von Kassa- und Termingeschäften durch die Notenbank, der sog. Swapsatzpolitik, bleiben völlig unberücksichtigt. Dadurch wird die Beurteilung der Devisenterminpolitik der Deutschen Bundesbank, auf die der Verfasser im dritten Teil der Arbeit eingeht, erschwert. Dieser Teil behandelt im übrigen nur die Interventionen bis zum Jahre 1963.

Im ganzen gibt das Buch einen recht guten Überblick über das dargestellte Spezialgebiet der Geldlehre und der bis 1966 erschienenen Veröffentlichungen. Manchen Leser wird die Vielzahl der im Text gebrachten Zitate allerdings etwas verwirren.

Steffen Ehrig, Berlin

Ali Ghaddar: Außenwirtschaftstheorie. 2 Teile. Berlin, Bielefeld, München 1971. Erich Schmidt. 162 und 245 S.

Diese zweibändige Veröffentlichung ist als Lehrbuch konzipiert. Sie soll das theoretische Rüstzeug zur Behandlung der wichtigsten außenwirtschaftlichen Problemstellungen liefern. Der Stoff ist traditionsgemäß eingeteilt in monetäre Theorie (I. Teil) sowie reine Theorie und Zolltheorie (II. Teil).

Es liegt nahe, das Buch an anderen Büchern ähnlichen Inhalts und Anspruchs zu messen. Auf dem Gebiet der theoretischen Außenwirtschaftslehre nimmt dabei im deutschen Sprachraum die „Theorie der Außenwirtschaft“ von Klaus Rose, die inzwischen in 3. Auflage vorliegt, eine absolute Spitzenstellung ein. Ausgeklammert sei hier allerdings die Frage, ob das Opfer eines weitgehenden Verzichts auf Realitätsbezug durch den Vorteil der Klarheit und Geschlossenheit der theoretischen Darstellung aufgewogen wird.

Das zur Diskussion stehende Buch von Ghaddar könnte man als verkürzten „Rose“ bezeichnen; denn es lehnt sich in Aufbau und Darstellung sehr weitgehend an Roses Buch an.

Gegenüber Rose fehlen in der monetären Theorie der einführende Teil über die Zahlungsbilanz, die Analyse der Wirkungen autonomer internationaler Kapitalbewegungen auf Einkommen und Leistungsbilanz sowie die Darstellung der kurzfristigen Transaktionen auf dem Devisenmarkt (Arbitrage, Spekulation) und der davon ausgehenden Einflüsse auf die Wechselkurse.

Für die Behandlung der reinen und der Zolltheorie ist Ähnliches zu sagen. Auch hier ist die Parallelität zwischen Ghaddars und Roses Buch unübersehbar. Nur ist zu sagen, daß Rose in fast allen Teilen ausführlicher und weitergehend ist.

Bei der Gesamtbeurteilung ist daher die erste Frage, ob nämlich Ghaddars Publikation gegenüber Vorhandenem inhaltlich Neues oder Anderes bietet, mit Nein zu beantworten. Zur gleichen Antwort kommt man hinsichtlich der Frage nach der Originalität der Darstellung bzw. der zugrunde liegenden didaktischen Konzeption. Fragt man schließlich nach der darstellerischen Qualität, so zögere ich nicht, Roses Buch eindeutig den Vorzug zu geben. Seine Darstellung erscheint mir durchweg klarer, eingängiger und dort ausführlicher, wo es der Ausführlichkeit bedarf. Als ein Beispiel von vielen sei auf die Behandlung der Frage gesellschaftlicher Indifferenzkurven verwiesen (*Ghaddar*, II. Teil, S. 101 ff.; *Rose*, 3. Aufl., S. 298 ff.).

Hinzuzufügen wäre, daß die Preise der Bücher kaum differieren, daß man aber bei Ghaddars Schrift eine maschinenschriftliche Wiedergabe in Kauf zu nehmen hat, die die Übersichtlichkeit des Dargebotenen nicht gerade vergrößert.

Hubertus Adebahr, Berlin

Jürgen Bosch: Die Vanilleausfuhrpolitik der malagassischen Republik 1960 bis 1969. Ein Beitrag zur Außenwirtschaftspolitik von Entwicklungsländern. Ludwigsburg 1971. Edition Martin Hoch jr. 311 S.

Die vorliegende Arbeit ist eine hochspezialisierte Untersuchung über entwicklungspolitische Sachverhalte, und diese Spezialisierung hat einen großen

Vorzug: An dem Beispiel Madagaskars und seiner Vanilleausfuhrpolitik zeigt Bosch in allen Einzelheiten Ursachen und Wirkungen, Erfolge und Mißerfolge der Ausfuhrpolitik eines bestimmten Entwicklungslandes. Das Beispiel Madagaskar und Vanille ist für diesen Zweck besonders geeignet, weil einmal Madagaskar der Haupterzeuger von Vanille ist, zum anderen Vanille eines der wichtigsten Produkte der Insel ist und zudem auf dem Gewürzsektor ein wichtiges Welthandelsgut darstellt. Weiterhin fällt in das Jahr 1960 die Übernahme der Vanillepolitik in die Hände des Staates, was die willkommene Möglichkeit gibt, die Ergebnisse der freien Vanillewirtschaft mit denen einer starken staatlichen Eingriffen ausgesetzt zu vergleichen.

Nach einer kurzen Einleitung stellt Bosch im ersten Teil seiner Arbeit die Ausgangslage dar, d. h. die Lage vor Übernahme der Vanillepolitik durch den Staat. Ausführlich wird über das Gut Vanille informiert und werden die Besonderheiten ihres Handels aufgezeigt. Die Träger der Vanillepolitik werden dargestellt, die Ziele der Vanillepolitik analysiert und die ersten Ansätze der staatlichen Einflußnahme diskutiert.

Im zweiten Teil der Arbeit wird die Vanilleausfuhrpolitik Madagaskars eingehend dargestellt. Dieser Teil zeichnet sich durch die intimen Detailkenntnisse und das ausgewogene Urteil Boschs aus. Die entscheidenden Wendepunkte in der wechselhaften Vanillepolitik Madagaskars werden klar herausgearbeitet und nicht nur in den gesamtwirtschaftlichen, sondern in den ganzen gesellschaftlichen Rahmen Madagaskars gestellt. Gerade dieser Teil ist für den an der Entwicklungsproblematik Interessierten besonders wertvoll. Die tiefgehende Analyse zeigt auf der einen Seite die Notwendigkeit einer wirksamen Ausfuhrpolitik für Entwicklungsländer auf. Andererseits zeigt sie das Dilemma der Entwicklungsländer zwischen Wollen und Können, wobei letzteres nicht nur einseitig durch die mangelnde Befähigung der Verantwortlichen geprägt, sondern zum großen Teil durch mangelnde Erfahrung beeinflusst ist. Die Untersuchung ergibt aber auch, wie sich eine verfehlte Politik auswirkt und daß sich keine wirksame Wirtschaftspolitik ohne Kenntnis der einfachsten wirtschaftlichen Zusammenhänge machen läßt. Der Markt reagiert nach seinen Gesetzmäßigkeiten, ohne deren Berücksichtigung eine dirigistische Wirtschaftspolitik zum Scheitern verurteilt ist. So gesehen ist die Vanilleausfuhrpolitik Madagaskars geradezu ein Lehrbuchfall, und es kann nur gehofft werden, daß tatsächlich Lehren daraus gezogen werden.

Der abschließende dritte Teil stellt die zusammenfassende Beurteilung der malagassischen Vanilleausfuhrpolitik dar. Gemessen an den selbstgesetzten Zielen ist ihr Ergebnis mager; gegenüber den freien Marktverhältnissen wurden fast ausschließlich Verschlechterungen erreicht. Mit Nachlassen der sog. Politik der starken Hand wird aber auch eine Besserung der Verhältnisse deutlich, was zumindest im Fall Vanille und Madagaskar auf die Unterlegenheit einer dirigistischen Politik hinweist.

Wie schon hervorgehoben, zeichnet sich die Arbeit durch außerordentliche Detailkenntnis aus, die den Verfasser aber nicht zur Überladung der Arbeit verführt, sondern die er überlegt in die straff geführte Untersuchung einbezieht. Das umfangreiche Quellenmaterial und der reiche statistische Anhang verraten die intensive Beschäftigung Boschs mit der Materie. Die Auswertung

der zum größten Teil schwer zugänglichen Quellen und die ausgedehnte anderweitige Informationsbeschaffung sind äußerst verdienstvoll und lassen die Arbeit zu einem bedeutsamen Beitrag zur Handelspolitik werden.

Dieter Stilz, Berlin

Max J. Wasserman, Andreas R. Prindl and Charles C. Townsend, Jr.: International Money Management. o. O. 1972. American Management Association. 232 S.

Die zunehmende Erosion des Bretton-Woods-Systems, die in der generellen oder partiellen Freigabe der Wechselkurse einzelner Währungen, der Bildung von Währungsblöcken und der Aufhebung der Konvertierbarkeit der amerikanischen Leitwährung in Gold zum Ausdruck kommt, konfrontiert die Finanzmanager von international tätigen Industrie-, Handels- und Versicherungsbetrieben mit Währungsproblemen, die bis Mitte der sechziger Jahre nur sporadisch — gelegentlich der Paritätsänderung einer der wichtigen Währungen — ihr Interesse beanspruchten.

Mit der vorliegenden Studie, die für die American Management Association angefertigt wurde, möchten die Autoren Führungsentscheidungen auf dem Gebiet der internationalen Finanzpolitik erleichtern, wobei sie den Finanzproblemen der multinationalen Unternehmen besondere Aufmerksamkeit widmen. Wer Patentrezepte sucht, wird allerdings enttäuscht sein; das Buch will in erster Linie die theoretischen und institutionellen Grundlagen vermitteln und praktische Hinweise geben. Die Behandlung der Rahmenbedingungen internationaler Finanztransaktionen ist dabei etwas breit geraten; sie nimmt mit 120 Seiten mehr als die Hälfte des Buchs in Anspruch und bringt für den Praktiker — zumindest auf den ersten 90 Seiten — wenig unmittelbar Verwertbares (für Studenten allerdings eine gute und leicht lesbare Einführung in die internationale Währungspolitik).

Praktische Hinweise für die Gestaltung internationaler Finanztransaktionen erhält man erst in den Kapiteln 9 bis 14. Dieser Teil ist ganz auf die Bedürfnisse des angesprochenen Leserkreises ausgerichtet, für den hier beschrieben wird, wie internationale Zahlungen beschleunigt, Kursrisiken gesichert und Liquiditätsüberschüsse zinsbringend angelegt werden können.

Steffen Ehrig, Berlin

Walter Wittmann: Einführung in die Finanzwissenschaft. 1. Teil: Die öffentlichen Ausgaben. Stuttgart 1970. Gustav Fischer. 138 S.

Die traditionelle Mißachtung der öffentlichen Ausgaben als finanzwirtschaftliches Phänomen in der deutschsprachigen Lehrbuchliteratur scheint der Vergangenheit anzugehören. Nach *Hedtkamps* 1968 erschienener Finanzwissenschaft, in der die öffentlichen Ausgaben erstmals in größerem Umfang abgehandelt worden sind, werden nun von Wittmanns auf vier Bände angelegter Einführung in die Finanzwissenschaft die öffentlichen Ausgaben als erster, selbständiger Teil vorgelegt. Aber nicht nur in der Betonung der öffent-

lichen Ausgaben liegt das Verdienst des Verfassers, bahnbrechend ist auch die Neuorientierung der Lehre der öffentlichen Ausgaben. Wittmann begnügt sich nicht mit der üblichen Aufzeigung von Entwicklungstendenzen, Systematisierung und der Darstellung der öffentlichen Ausgaben, sondern betrachtet diese insbesondere unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Wachstums. Ebenso wichtig sind die Ausführungen über die Planung der öffentlichen Ausgaben und deren Nutzen-Kosten-Analyse. Gemessen am Umfang des Buches wird die Hälfte der Aufzeigung und Analyse der mit diesen Fragen verbundenen Probleme gewidmet.

Im ersten Kapitel werden einleitend mögliche Gliederungen der öffentlichen Aufgaben dargestellt, und zwar einmal institutionell, zum anderen ökonomisch. Das zweite Kapitel untersucht die langfristige Entwicklung der öffentlichen Ausgaben im Hinblick auf die absolute und relative Ausdehnung, die Aufteilung auf die einzelnen Gebietskörperschaften, den Einfluß der Agglomeration und den Strukturwandel. Die Ursachen der relativen Expansion sind Gegenstand des dritten Kapitels. Dargestellt werden die Erklärungsversuche von *Wagner*, *Peacock*, *Wiseman* und *Timm*. Das vierte Kapitel behandelt die Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse. Gleichgewicht zwischen privatem und öffentlichem Sektor und Theorien zur Bestimmung der öffentlichen Ausgaben sind hier Gegenstand. Die bekannten Multiplikator- und Akzeleratoreffekte werden kurz, aber ausreichend im fünften Kapitel dargestellt, während das umfangreiche sechste Kapitel den Wirkungen der öffentlichen Ausgaben auf das Gesamtangebot gewidmet ist. Hier werden die Wachstumseffekte der Ausgaben des Staates für Güter und Dienste, unterteilt nach Ausgaben für Sachkapital, immaterielles Kapital (z. B. Erziehungsaufgaben) und Militärbedarf, der Transferausgaben, unterteilt nach Zins-, Sozialausgaben, Subventionen und Finanzinvestitionen, sowie der Gesamtprozeß der öffentlichen Ausgaben untersucht. Die Preiswirkungen der öffentlichen Ausgaben werden im siebenten, die Verteilungswirkungen im achten Kapitel dargestellt. Den Abschluß bilden das neunte und zehnte Kapitel mit der Planung der öffentlichen Ausgaben und ihrer Nutzen-Kosten-Analyse.

Die Fülle des behandelten Materials, seine einfache und klare Aufbereitung sowie insbesondere die Darstellung bislang lehrbuchmäßig nicht erfaßter wesentlicher Aspekte der öffentlichen Ausgaben werden diesem Lehrbuch eine große Verbreitung sichern. Sein Lehrbuchcharakter wird noch unterstrichen und vervollständigt durch Aufgaben, die zu jedem Kapitel gegeben sind, sowie durch gezielte Literaturhinweise. Ein Namen- und Sachregister erleichtern die Benutzung.

Dieter Stilz, Berlin

Hans Meyer: Die Finanzverfassung der Gemeinden. Ein Beitrag zur Stellung der Gemeinden in der Finanzverfassung des Bundes. Stuttgart 1969. Kohlhammer. 202 S.

Der Streit um eine ausreichende Finanzausstattung der Gemeinden wird schon lange geführt. Dabei ist als Argumentationsebene fast ausschließlich die Finanzwissenschaft benützt worden. Die Arbeit Meyers unterscheidet sich nun

von dieser Argumentationsform grundlegend: Ziel seiner Studie ist es, „im Wege der Verfassungsinterpretation die Stellung der Gemeinden in der Finanzverfassung der Bundesrepublik zu bestimmen“ (S. 11).

Ausgangspunkt der Untersuchung sind die Finanzgarantien des Artikel 28 GG für die Gemeinden, denen der erste Teil der Arbeit gewidmet ist. Hier kommt Meyer zu dem Ergebnis, daß die Gemeinden neben Bund und Ländern eine gleichrangige öffentliche Tätigkeit wahrnehmen, die ihnen durch die Verfassung zugewiesen ist. Um die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben zu sichern, enthält Artikel 28 GG für die Gemeinden sowohl die Finanzhoheit einschließlich des Steuererfindungsrechtes als auch eine Finanzverbürgerung, d. h. einen Anspruch auf hinreichende Finanzausstattung.

Der Finanzausgleich, der im zweiten Teil der Arbeit unter dem Verhältnis von Artikel 28 zu den Artikeln 105 ff. GG behandelt wird, setzt einmal die Finanzhoheit der einzelnen Gebietskörperschaften voraus, zum anderen aber begrenzt und reguliert er sie. Für die Gemeinden bedeutet dies eine Beschränkung ihrer Finanzhoheit, insbesondere des Steuererfindungsrechtes. Um diese starke Einschränkung, die zu einer Gefährdung der hinreichenden Finanzausstattung führt, zu kompensieren und somit der Finanzverbürgerung des Art. 28 GG nachzukommen, mußte der Gesetzgeber entsprechende Vorkehrungen treffen. Diese für die Gemeinden positiven Bestimmungen finden sich in den Art. 105 ff. GG, in denen sowohl dem Bund als auch den Ländern die Finanzverantwortung für die Gemeinden auferlegt wird.

Der dritte Teil der Arbeit befaßt sich eingehend mit den Formen, in denen sich diese Finanzverantwortung zeigt. Es sind dies bezüglich des Bundes die Realsteuergarantie, der horizontale Finanzausgleich, der Sonderlastenausgleich, die Finanzzuweisungen des Bundes und die Ergänzungszuweisungen im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs. Diesen fünf Formen des Bundes stehen nur drei der Länder gegenüber, wobei letztere aber quantitativ bedeutsamer sind: die Zuweisungen von Landessteuern als Gemeindesteuern, der obligatorische und der fakultative Steuerverbund.

Im vierten Teil der Untersuchung werden thesenförmig abschließend nochmals die Ergebnisse dargestellt und der Einfluß des Finanzreformgesetzvorschlages vom 24./26. 2. 1969 behandelt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es sich um eine sehr sorgfältige, wohlfundierte Arbeit handelt, die einen speziellen Aspekt der gemeindlichen Finanzen umfassend behandelt und dabei zu neuen Erkenntnissen und Einsichten in die Rechte der Gemeinden kommt. Gerade für sie stellt dieses Buch eine ausgezeichnete Diskussionsgrundlage in den kommenden Verhandlungen über eine Finanzreform dar.

Dieter Stilz, Berlin